

Stimm- und Wahlrecht für Frauen

142 Jahre

Seeblick

25 Min.

Felmis

45 Min.

Kastanienbaum

1 Std. 35 Min.

Schwerpunkt
Frauen – Die Jubiläen

Abstimmungen
– Volksschulbildungsgesetz
– Sanierung Schulanlage
Maihof

Editorial

Mit kleinen Schritten voran

Liebe Leserinnen (die Leser sind mit gemeint)

40 Jahre Frauenstimmrecht

30 Jahre Gleichstellungsartikel in der Verfassung

20 Jahre Frauenstreik

15 Jahre Gleichstellungsgesetz

4 Frauen im Bundesrat

2 Frauen, welche die grüne Partei des Kantons Luzern führen

Stellt euch vor, der männlich dominierte Regierungsrat hätte vor 20 Jahren auf Frauenförderung gesetzt, statt auf Steuersenkungen. Er hätte sich zum Ziel gesetzt, der Kanton in der Schweiz zu sein, der am meisten unternimmt, um die Frauen zu fördern.

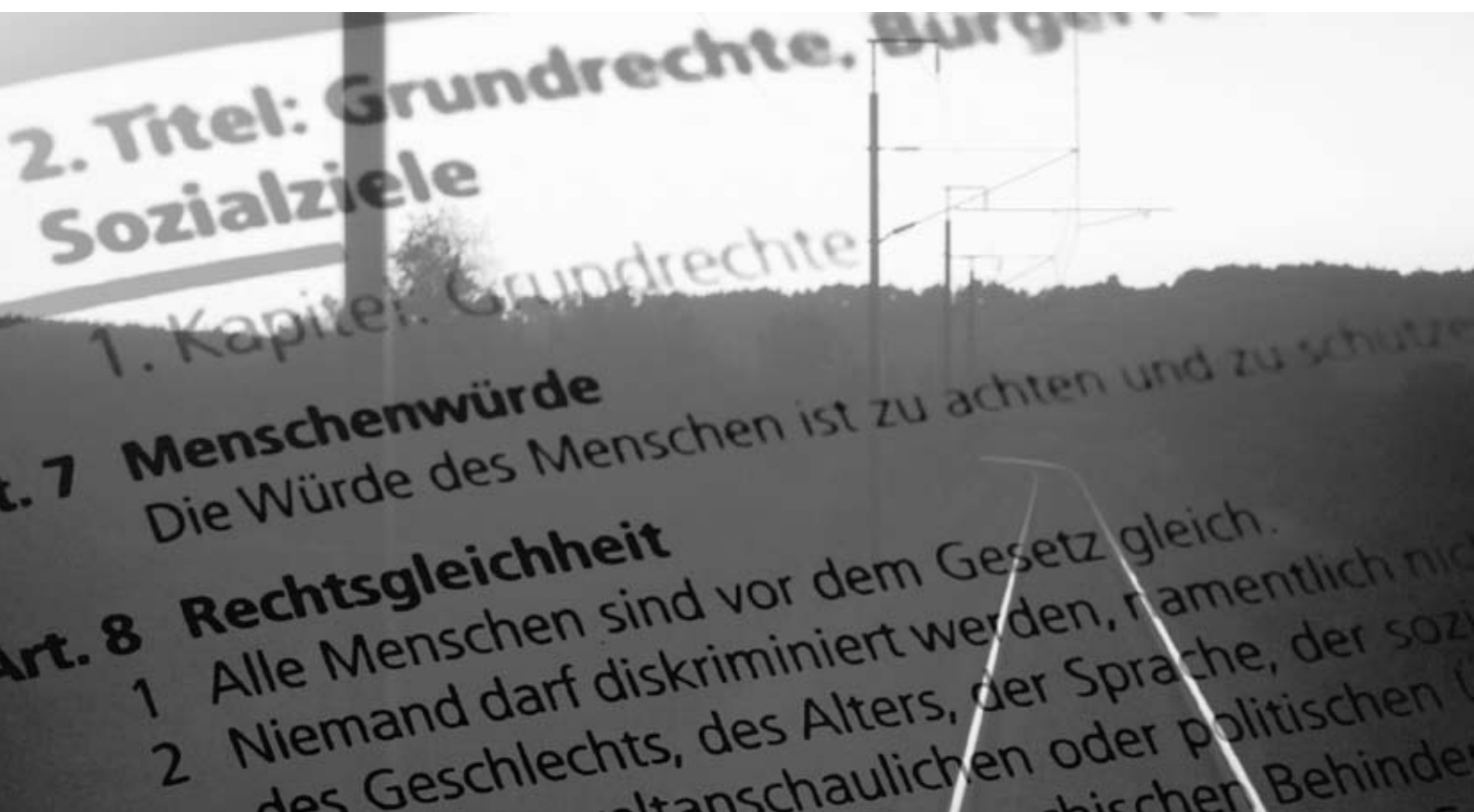
Das Regierungsprogramm hätte etwa so aussehen können:

■ Im Jahr 2011 sind im Kanton Luzern alle Gremien, der Regierungsrat, die Kommissionen und die Gemeinderäte mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt.

■ Für die Umsetzung der Lohngleichheit im Kanton Luzern wird eine Dienststelle geschaffen, die alle Löhne in den staatlichen und in den privaten Betrieben auf die Lohngleichheit überprüft.

■ Alle privaten Unternehmen, die erfolgreiche Frauenförderungsprogramme anbieten und umsetzen, werden steuerlich belohnt.

■ Alle staatlichen Abteilungen und Betriebe werden verpflichtet, innovative und kreative Programme zur Frauenförderung einzurichten.



Mit ihrer Weigerung, den Frauen gleiche politische Rechte wie den Männern zu gewähren, stellte die Schweiz lange Jahre ein Unikum in der politischen Landschaft des Westens dar.

Eine kleine Chronologie zum Frauenstimmrecht

1848: Die neue Bundesverfassung garantiert den Schweizer Männern das allgemeine und direkte

Stimm- und Wahlrecht. Die Frauen bleiben von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen und auf den angestammten Wirkungskreis von Haus und Familie verwiesen.

1868: Im Zug der demokratischen Verfassungsrevision im Kanton Zürich fordert eine Gruppe von Frauen in einer anonymen Bittschrift erstmals

- In allen Gemeinden werden Kinderbetreuungsangebote aufgebaut.

Die Folgen dieser Zielsetzungen sind nach 20 Jahren deutlich sichtbar. Ein paar Beispiele:

- Viele politische Ämter werden auf zwei Personen aufgeteilt. So hat sich der Frauenanteil schnell vervielfacht.
- Die Kommissionssitzungen finden seither jeweils dann statt, wenn die Kinder in der Schule sind.
- Die Ratssitzungen werden jeweils nur an Halbtagen abgehalten. Das erleichtert es vielen Frauen, neben Beruf und Familie auch noch ein politisches Amt einzunehmen.
- Die Frauen verdienen mehr und die Steuereinnahmen im Kanton und in den Gemeinden werden höher.
- Immer mehr innovative Unternehmerinnen setzen ihre Geschäftsideen im Kanton Luzern um.

- Die Berufsbildung fördert in den Schulen speziell die Berufsauswahl bei den Mädchen.
- Die Budgets der Gemeinden und des Kantons werden immer auch auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Kinder beurteilt. Somit werden soziale Anliegen stärker gefördert.
- Die Geburtenrate im Kanton Luzern liegt deutlich höher als in den Kantonen ohne Frauenförderung.
- Freiwillige Arbeit wird immer öfter zu bezahlter Arbeit umgestaltet und die geleistete freiwillige Arbeit wird bei Bewerbungen stärker gewichtet. So kommen Frauen einfacher zu neuen Jobs.
- Schweizweit werden Vorträge, Seminare und Workshops durchgeführt mit dem Thema: «Das Luzerner Modell – wirtschaftlicher Erfolg durch konsequente Frauenförderung».
- Im KKL finden regelmässig nationale und internationale Kongresse zur Thematik «Frauen, Wirtschaft und Politik» statt. Das World Economic Forum in Davos hat seither viel weniger Besucherinnen, weil die Luzerner Kongresse als innovativer und schicker gelten.

Was nicht passierte:

- Die Männer reisten nicht aus dem Kanton Luzern aus.
- Der Kanton Luzern wurde nicht zu einer linken Hochburg.
- Die Steuerbelastung im Kanton Luzern wurde nicht höher.

Leider wurde dieses Szenario vor 20 Jahren nicht umgesetzt. Wir gehen auch im Kanton Luzern weiterhin mit kleinen Schritten voran und hoffen, dass wir in einigen Jahren kleine Fortschritte feiern können. Was wir sicher wieder feiern werden, sind Jubiläen wie 50 Jahre Frauenstimmrecht, 40 Jahre Gleichstellungsartikel, 30 Jahre Tag der Frau ...

Und jetzt feiert schön und seid stolz auf das Erreichte!



*Katharina Hubacher
Co-Präsidentin und Grossstadträtin
Grüne Kanton Luzern*

öffentlich die volle bürgerliche und politische Gleichstellung.

Ab Mitte der 1880er Jahre: Staatsrechtler, Sozialreformer und Politiker setzen sich vereinzelt für die politische Gleichstellung der Frau ein. Sie befürworten ein schrittweises Vorgehen zur Erlangung gleicher Rechte.

1893: Neuseeland führt als erstes Land das volle aktive und passive Wahlrecht für Frauen ein.

1912: Auf Drängen des Arbeiterinnenverbands bekennt sich der Parteitag der SPS offiziell zum Stimm- und Wahlrecht für Frauen.

Persönliche Chronik

Frauen im Vormarsch – langsam aber doch

1971: 40 Jahre Frauenstimmrecht

Mit 28 Jahren wurde ich mündig. 1971 gewährten die Schweizer Männer den Frauen endlich das Stimm- und Wahlrecht; 65 Jahre nach Finnland und 20 Jahre nach Nepal, ein wichtiger Schritt war getan. Sonst blieb alles beim Alten. Das Eherecht bestimmte damals den Mann als Oberhaupt der Familie, sein Name galt für beide. Er bestimmte den Wohnsitz. Die Ehefrau führte den Haushalt. Erwerbstätig war sie nur, wenn der Ehemann es erlaubte. Ich fand das empörend. Ich wollte das ändern.

1981: 30 Jahre Gleichstellung in der Verfassung

Ich erinnere mich gut an die Debatten dieser wichtigen Errungenschaft. Als junge Frauen versammelten wir uns zum „Antikongress“ (anti zum Frauenkongress unserer bürgerlichen Mitstreiterinnen). Wir forderten gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer. Festgeschrieben in der Verfassung.

1978 Ich zog mit meiner Familie nach Luzern. Wir waren zu dritt. Im Chinderhus in Kriens fanden wir für unsere zweijährige Tochter einen Krippenplatz.



1917: Trotz des Entscheids des Schweizerischen Verbands für Frauenstimmrecht, eine eidgenössische Volksinitiative zu lancieren, verlagert sich der Kampf für das Frauenstimmrecht sehr bald auf die kantonale Ebene: In Genf, Zürich, Neuenburg, der Waadt und Basel-Stadt liegen sozialdemokratische Motionen vor, die die politische Gleichstellung der Frauen verlangen. Es kommt während der nächs-

ten Jahren zu heftigen Debatten, das Stimm- und Wahlrecht wird aber überall mit Zweidrittelsmehrheit abgelehnt.

1930er Jahre: Unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise und der rechtsextremen Frontenbewegung verschlechtern sich in den dreissiger Jahren die ideologischen und politischen Bedingungen für

Teilzeit-Arbeit zu finden war schwieriger. Ich bekam viele Absagen. Man wollte keine Mutter eines Kleinkindes anstellen.

„Doppelverdienerinnen“ waren auf dem Arbeitsmarkt unerwünscht. 1980 bekam ich Arbeit als Sozialarbeiterin in Meggen. Yvonne Dublanc, die damalige Sozialvorsteherin, war der Zeit voraus. Meine Erfahrungen motivierten mich für einen wirksamen Mutterschaftsschutz, und für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit für Väter und Mütter zu kämpfen.

1980: Wir gründeten den Verein für Tagesschulen. Ich hatte soeben mein zweites Kind geboren. Ich war mir sicher, ein Projekt an die Hand zu nehmen, von dem unsere beiden Kinder profitieren würden. Aber erst **2004** stimmten die Luzerner Stimmbürgerinnen in Luzern Ja für die Tageschule. Zu spät für meine Kinder. Mein Sohn war inzwischen 26 und meine Tochter 30 Jahre alt. Inzwischen hatte ich gelernt, Frauenrechte sind familienpolitisch relevant. Männer müssen ihre Rolle neu erfinden. Der feministische Slogan „das Private ist politisch“ sollte die Männer bewegen. Hat er das? Heute ist es einfacher geworden, Familien- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Es gibt in Luzern mehr Kindertagesstätten für Vorschulkinder, und die Kinderbetreuung ist ein integrativer Teil unserer Volksschule. Das haben wir mit unserer Initiative und dank dem grünen Sozialdirektor Ruedi Meier erreicht.

Zäh vorwärts ging es auch mit dem Mutterschaftsschutz. Er steht seit 1945 in der Verfassung. 1976 war ich zum ersten Mal schwanger. Ich versteckte meinen grösser werdenden Bauch sechs Monate lang. Ich wollte meine Stelle als Heilpädagogin im Kanton St. Gallen nicht riskieren. In der Schweiz gab es keinen Kündigungsschutz während der Schwangerschaft. Das Obligationenrecht sah gerade mal drei Wochen Mutterschaftsurlaub vor. Die Ofa und die Gewerkschafterinnen lancierten eine Initiative für einen fortschrittlichen Mutterschaftsschutz mit einem mehrmonatigen Elternurlaub. Diese wurde 1984 mit 85 Prozent Nein Stimmen abgelehnt. Ein unglaubliches Resultat. Erst seit **2005** ist der Mutterschaftsschutz in einem neuen Anlauf geregelt worden. Mütter bekommen

14 Wochen Mutterschaftsurlaub. Im europäischen Vergleich, eine schmalbrüstige Lösung.

1991 20 Jahre Frauenstreik

Christiane Brunner rief am 14. Juni 1991 zum Frauenstreik auf. Ich war begeistert. Zusammen mit den vpod-Frauen initiierten wir ein Streikkomitee für Luzern. Wenn frau will, steht alles still! Dieser landesweite Streik-Ruf stand auf einer langen Flagge. Wir hatten sie – trotz Protest von Heidi Rothen – am Rathaus aufgehängt. Franz Kurzmeier und Werner Schnieper haben uns bei dieser Aktion unterstützt.

Mit Lust und List bereiteten wir eine mobile Plakataktion vor. Gewerkschafterinnen, Künstlerinnen und bewegte Frauen, alle machten mit Begeisterung mit. Wir karren unsere Plakate durch die ganze Stadt Luzern und stellten sie am Kornmarkt auf.

Darauf stand:

- Neue Frauen brauchen neue Männer.
- Wir brauchen Männer, die sich selbst befreien von Leistung und Karriere, Männer, die auf Macht verzichten in Familie, Arbeit und Politik
- Wir brauchen Frauen, die auf ihre Fähigkeiten vertrauen, Frauen, die berufliche Tätigkeit als wichtigen Lebensinhalt bewerten.

Der – symbolische – Frauenstreik setzte neue Energien frei für die Anliegen der Frauen. Der Einsatz hat sich gelohnt. Unsere Kinder leben heute in einer Schweiz, die Frauen weniger diskriminiert. Es ist einfacher geworden, Familien- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Es gibt mehr Kindertagesstätten und Tagesschulen für Kinder. Doch die Lohnunterschiede sind noch gross und in den Chefetagen sind nach wie vor wenige Frauen anzutreffen. Es bleibt noch viel zu tun. Der Kampf geht weiter.



Agatha Fausch
Grossstadträtin Grüne Luzern
Luzern



die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen. Öffentliche Aktionen zugunsten der politischen Frauenrechte sind deshalb sehr selten.

Gegen Ende des zweiten Weltkriegs: Die gesellschaftliche Aufbruchstimmung ermutigt die Anhängerinnen und Befürworter des Frauenstimmrechts, sich wieder aktiv für ihr Anliegen

einzusetzen. Ihre Hoffnung erfüllt sich aber nicht: In allen sieben Kantonen, in denen es unmittelbar nach dem Krieg zu einer Abstimmung kommt, wird das Stimm- und Wahlrecht für Frauen massiv abgelehnt.

1950: Der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht schlägt in einer Eingabe an den

Grüne Vorstösse

Für eine geschlechtergerechte Zukunft

Die durchschnittliche Differenz der Löhne zwischen Frauen und Männern ist wieder angestiegen, beschied uns im Frühjahr 2010 das Bundesamt für Statistik. Dies war der Anlass für die Grüne Fraktion im Kantonsrat, eine Reihe von Vorstössen zum Thema einzureichen.

In einem noch in der letzten Legislatur eingereichten Postulat von Peter Lerch versprach die Regierung nach geeigneten Strategien zur Förderung der Lohngleichheit zu suchen und eine Bestandsaufnahme der Frauen- und Männerlöhne im Kanton zu erarbeiten. Michael Töngi erkundigte sich über die tatsächlich in die Wege geleiteten Massnahmen. Weiter regte Monique Frei die Einführung des Lohngleichheitsinstrumentes des Bundes LOGIB im öffentlichen Beschaffungswesen an. Katharina Meile plädierte für die Teilnahme am Lohngleichheits-Dialog. Die Schreibende verlangte eine Überprüfung der Verteilungswirkungen der Staatsausgaben und -einnahmen nach geschlechterdifferenten Kriterien und Christina Reusser wollte wissen, welche Auswirkung die Besteuerung und die Kosten für Krippenplätze auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat.

Die familienfreundliche Verwaltung thematisierte Nino Froelicher. Schliesslich verlangte Alain Greter eine gender- und alltagsgerechte Zusammensetzung von Bau-, Planungs- und Raumplanungsgremien.

In der Zwischenzeit sind bis auf den letztgenannten alle Vorstösse behandelt worden.

Gleichstellungspolitik sehr zaghaft unterwegs

Es war wie immer bei gesellschaftspolitischen Debatten: Die CVP äussert Verständnis, kann sich dann aber doch nicht für eine Unterstützung durchringen. Der SVP geht alles zu weit und die FDP, gleichstellungspolitischen Fragen gegenüber durchaus aufgeschlossen, liess uns ebenfalls im Regen stehen. Zustimmung kam hingegen von der SP, wenn auch nicht durchgehend.

Fast gleicher Lohn

In den drei Begehren zur Lohnpolitik konnte die Regierung statistisch aufzeigen, dass der nicht erklärbare Lohnunterschied weniger als 5 % beträgt. Der hauptsächliche Grund für die nach wie vor beträchtlichen durchschnittlichen Lohndifferenzen liegt in den positionellen Unterschieden zwischen den Geschlechtern. In den letzten 4 Jahre haben sich die Frauen lohnmassig leicht besser entwickelt als die Männer. Handlungsbedarf sieht die Regierung bei Kaderstellen. Die Antworten zeigten deutlich, die Regierung will sich durch keine besonderen Initiativen hervortun und lehnte die Einführung von LOGIB im öffentlichen Beschaffungswesen rundweg ab.



Bundesrat vor, das Frauenstimmrecht über eine Neuinterpretation des entsprechenden Verfassungsartikels einzuführen und den Begriff des «stimmberechtigten Schweizer» auf beide Geschlechter anzuwenden.

1951: In Beantwortung der Postulate Oprecht (1944) und von Roten (1949) erklärt der Bundesrat einzig

eine Verfassungsänderung für zulässig. Aufgrund der in den vorangehenden Jahren in acht Kantonen massiv abgelehnten Frauenstimmrechtsvorlagen erachtet er den Zeitpunkt für eine eidgenössische Vorlage für verfrüht.

1958: Die eidgenössischen Räte beschliessen, die bundesrätliche Vorlage über das Frauenstimm-

Kein Interesse an neuer Ausschreibungspraxis und Verteilungspolitik

Zwar befürwortet die Regierung das Anliegen, mehr Teilzeitstellen zu schaffen. Sie verharret jedoch bei der Meinung, dass gewisse Stellen nur in Vollzeitpensen wahrgenommen werden können. Gar nichts anfangen konnte die Regierung mit einer geschlechtergerechten Budgetpolitik. Zugegebenermassen, die ersten Gehversuche über die Verteilungswirkungen zeugen in der Schweiz von quantifizierbaren Schwierigkeiten. Um statistisch relevante und aussagekräftige Resultate zu eruieren, braucht es eine kreative Herangehensweise.

Fazit

Die Regierung konnte in den Antworten auf die Vorstösse aufzeigen, dass sie das Thema nicht ignoriert. Die Wirkung ihres Handelns beurteilt sie als beschränkt, da es sich um ein gesamtge-

sellschaftliches Phänomen handle. Federführend in Sachen betriebsinterner Gleichstellungspolitik ist nun das Personalamt. Die Umsetzung folgt leider nur in zaghaften und kleinen Schritten.



Heidi Rebsamen
Kantonsrätin Grüne Kanton Luzern
Luzern



und -wahlrecht den Stimmbürgern zu unterbreiten. Zahlreiche Gegner der politischen Frauenrechte haben Stimmenthaltung geübt. Von den politischen Parteien befürworteten nur die Sozialdemokratische Partei, der Landesring und die Partei der Arbeit das Frauenstimmrecht; die Freisinnig-Demokratische und die Katholisch-Christlichsoziale Partei (heute CVP) beschliessen Stimmfreigabe.

Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (heute SVP) gibt die Neinparole heraus.

1959: Ablehnung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen in der ersten eidgenössischen Abstimmung über diese Frage am 1. Februar: 654 939 (66.9%) Nein gegen 323 727 (33.1%) Ja bei einer Stimmbeteiligung von 66.7%.

30 Jahre Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung

Sich im Notfall aufs internationale Recht berufen

Während es früher genügte, dass es in der Bundesverfassung hiess, alle Schweizer seien vor dem Gesetze gleich, wurde die Bundesverfassung 1981 (unter anderem) dahingehend ergänzt, dass keine Person in der Schweiz aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden darf. Seither können sich Frauen, die in ihrer Eigenschaft als Frau benachteiligt werden, auf die Bundesverfassung berufen und ihre Rechte einklagen.

Seit der Einführung des so genannten Gleichstellungsartikels hat sich einiges zugunsten der Frauen geändert, hilft doch zum Teil allein das Vorhandensein eines Gesetzes, dass sich die Wirklichkeit ändert. Allerdings wissen wir alle, dass in der Schweiz die Frauen nach wie vor in vielen Belangen gegenüber den Männern benachteiligt sind. So zeigen im März 2011 publizierte Zahlen auf, dass im Kanton Zürich der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern erneut grösser geworden ist und nun 25 % beträgt. Auch der diskriminierende Anteil der an der Lohndifferenz ist leicht auf 36 % angewachsen.

Recht haben und Recht bekommen

Ein Problem ist natürlich die (wieder erstarkende) Einstellung, dass Frauen nur bestimmte Rollen, vorwiegend in Familie und Haushalt, zugeordnet werden. Problematisch ist aber auch, dass – wie es so schön heisst – Recht haben und Recht bekommen, nicht dasselbe sind. Vielfach ist es schwierig zu beweisen, dass zum einen eine Benachteiligung besteht und zum andern, dass diese auf dem Geschlecht beruht.

In der Schweiz kommt noch hinzu, dass der Gleichstellungsartikel als „symmetrischer“ Begriff verstanden wird, was bedeutet, dass sich auch Männer vor Gericht erfolgreich auf die vom Gesetz zugesicherte Gleichstellung berufen können. So hat das Bundesgericht Beschwerden bei Stellenausschreibungen nicht berücksichtigter Bewerber behandeln müssen und dabei auf Verletzung des Grundsatzes der Gleichstellung von Frau und Mann entschieden. Um die Gleichstellung erfolgreich

einzuklagen, müssten sich die Schweizerinnen vermehrt auf internationales Recht berufen, sieht doch die UNO-Frauenkonvention CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination) vor, dass zeitweilige Sondermassnahmen zur beschleunigten Herbeiführung der faktischen Gleichberechtigung nicht als Diskriminierung behandelt werden dürfen. CEDAW verlangt nämlich für die tatsächliche Verwirklichung der Gleichstellung und Beseitigung der Diskriminierung der Frauen ein aktiveres Vorgehen der Vertragsstaaten. Die Bestimmungen von CEDAW gelten nur für Frauen, um deren Benachteiligung anzugehen, und nicht auch für die Gleichstellung von Männern gegenüber den Frauen. Dies erlaubt es zum Beispiel, in einem sehr männerlastigen Berufsbereich (oder einer Hierarchiestufe) eine zu besetzende Stelle nur für Frauen auszuscheiden. Hilft also die Schweizer Verfassung nicht zur Durchsetzung der Gleichstellung, sollten wir uns nicht scheuen, uns auf das internationale Recht zu berufen.



*Vivian Fankhauser-Feitknecht
Richterin Grüne Kanton Luzern
Kriens*

1968: Im «Internationalen Jahr der Menschenrechte», erhält die Debatte um die politische Gleichberechtigung neuen Auftrieb. Die Kampflust der Frauen und die gesellschaftlich gespannte Situation der späten sechziger Jahre veranlassen die politischen Gremien, in der Stimmrechtsfrage endlich vorwärts zu machen.

1969: Im Dezember veröffentlicht der Bundesrat seine Botschaft über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten. Die Vorlage überlässt die Einführung des Frauenstimmrechts in den Kantonen und Gemeinden kantonalem Recht.

Zur sprachlichen Gleichstellung von Frau und Mann

Warum nicht «Das Arzt»

In den 1960er Jahren begannen sich Linguistinnen für die sprachliche Gleichstellung von Frau und Mann einzusetzen. Und die Diskussionen dauern bis heute an.

Frauen wurden lange Zeit und werden teilweise heute noch unter dem so genannten «generischen Maskulinum» subsummiert beziehungsweise vergessen. Unter «Schüler» wurde sowohl der männliche wie auch die weibliche Lernende verstanden. Ausser der Sprachökonomie gibt es wohl keinen Grund, nur von der männlichen Form zu sprechen.

Es ist oft nicht möglich, zwischen dem «generischem Maskulinum» und dem «echten» Maskulinum zu unterscheiden. Wenn also in der Bundesverfassung steht «Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich» und «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig», ist dies nicht eindeutig. Denn entweder hätten die Frauen vor dem Gesetz nicht die gleichen Rechte wie die Männer oder sie müssten Militärdienst leisten.

Wenn von «Studenten» gesprochen wird und damit auch die Studentinnen gemeint sind, widerspiegelt die Nennung «Studenten» etwas Falsches. Die Verwendung der männlichen Form ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass der Anteil der Frauen bei den Studierenden mindestens 50 % beträgt.

Die deutsche Sprache tut sich seit jeher schwer mit den Frauen. So werden die meisten weiblichen Formen von den männlichen aus gebildet, indem das Suffix «-in» hinzugefügt wird. Einige weibliche Pendanten der männlichen Bezeichnungen sind aber nicht äquivalent: Eine «Sekretärin» beispielsweise entspricht nicht einem «Sekretär». So wird unter einer «Sekretärin» eine Angestellte in einem Büro verstanden; ein «Sekretär» hingegen kann auch im Kader arbeiten. Teilweise können keine weiblichen Formen von den männlichen deriviert werden. Zu «Bauherr», «Kapitän» und «General» fehlen die weiblichen Bezeichnungen. Diese drei

Beispiele zeigen schön auf, dass Sprache die jeweilige Kultur widerspiegelt. So gibt es historisch gesehen viel weniger weibliche als männliche Generäle.

Nun hat frau oder man drei Möglichkeiten etwas zur sprachlichen Gleichstellung beizutragen: Es ist möglich von den «Studentinnen und Studenten» zu sprechen, eine geschlechtsneutrale Bezeichnung wie «Studierende» zu nennen oder zu paraphrasieren wie zum Beispiel «Die Personen, die studieren». Es gibt Sprachwissenschaftlerinnen, die noch weiter gehen: Luise F. Pusch schlägt zum Beispiel vor, dass Oberbegriffe geschlechtsneutral sein sollten. Dann würden wir in Zukunft «das Arzt» sagen und meinen damit entweder eine Frau oder einen Mann.

Wenn also die SVP in ihrem neusten Wahlprogramm schreibt «Schweizer wählen SVP» oder die CVP «Luzerner wählen CVP», dann ist das nicht nur politisch sehr anmassend und spricht allen Anderswählenden das SchweizerInnen- bzw. LuzernerInnen-Sein ab, sondern die Frauen werden ausgeklammert. Auch hier ist die Sprache ein Abbild der Kultur.



Steffi Wyss
Grossadträtin Grüne Luzern
Luzern



1970: National- und Ständerat stimmen der bundesrätlichen Abstimmungsvorlage zu.

1971: Das Stimm- und Wahlrecht für Frauen in eidgenössischen Angelegenheiten wird in der eidgenössischen Abstimmung vom 7. Februar angenommen. Mit 621 109 (65.7 %) Ja zu 323 882 (34.3 %) Nein bei einer Stimmbeteiligung von 57.7 % stimm-

ten die männlichen Stimmberechtigten der Vorlage zu.

1983: Nachdem Solothurn und Graubünden alle Gemeinden durch kantonales Gesetz zur Einführung der politischen Frauenrechte verpflichtet haben, ist das Frauenstimm- und -wahlrecht in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten überall

Wo stehen die Frauen nach 40 Jahre Frauenstimmrecht

Eine Bilanz

Zum 40. Geburtstag des Frauenstimmrechtes wurde ich zusammen mit Brenda Mäder, der Präsidentin der schweizerischen Jungfreisinnigen, ins Tagesgespräch des Schweizer Radios eingeladen. Dabei ist mir aufgefallen, wie die Gleichstellung für die junge Politikerin selbstverständlich ist, so selbstverständlich, dass das Thema bei allen ihren Texten auf ihrer Webseite und in ihrem Blog schlicht nicht existiert.

Brenda Mäder betrachtet es als Fortschritt, dass sie die Gleichstellung gar nicht mehr umtreibt, weil in dieser Frage alles erreicht sei und sie sich jetzt mit andern wichtigen Fragen wie den Finanzen beschäftigen könne. Diese Selbstverständlichkeit stelle ich allgemein fest, auch bei den jungen grünen Frauen. Das freut mich sehr, stehen doch junge Frauen heute an einem andern gesellschaftlichen Ort als ich damals, beim Einstieg in die Politik. Junge Frauen ernten heute von dem, was frauenbewegte Frauen während den letzten 40 Jahre gesät haben. Das ist gut so!

Auch im Zusammenhang mit der Wahl einer Frauenmehrheit in den Bundesrat im Dezember 2010 stellte ich fest, dass in der veröffentlichten Meinung diese Tatsache keine hohen Wellen mehr warf. Sie galt als selbstverständlich. Welch ein Wandel! Noch vor 10 Jahren als die Quoteninitiative zur Abstimmung kam, welche eine geschlechtergerechte Verteilung der Regierungs- und Parlamentssitze forderte, scheiterte diese nach einem emotionalen und frauenfeindlich unterfütterten Abstimmungskampf mit einem totalen Fiasko. Nur 28% der Frauen und klägliche 11% der Männer sagten Ja zur gleichberechtigten Einsitznahme von Frauen und Männern in die höchsten politischen Gremien der Schweiz.

Die Quote ist und bleibt aber das effizienteste und wirksamste Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Kein Wunder, dass die Diskussion um sie deshalb wieder aufflammt, und zwar wegen den absolut desolaten Zuständen in der Wirtschaft. Ernüchtert

stellen Frauen nämlich fest, dass sie in der Politik inzwischen zwar ein Viertel bis ein Drittel der Plätze erkämpft haben, dass aber in den entscheidenden Etagen der Wirtschaft die Männer praktisch unter sich sind. Brenda Mäder, in der Radiosendung auf die im Ausland erneut heftig geführte Quotendiskussion angesprochen, sagte, es komme doch nicht auf das Geschlecht sondern die Qualität einer Kandidatin an, und sie wolle jedenfalls keine Quotenfrau sein. Obwohl die Realität widerlegt, dass es Frauen gelingt, die ihren Fähigkeiten entsprechenden Positionen zu erlangen, entspricht die Aussage von Brenda Mäder so ziemlich dem Niveau der Quotendiskussion in der Schweiz. Da hat sich seit 10 Jahren nichts verbessert.

Wir sollten sie trotzdem auch bei uns wieder führen. Denn obwohl es dank dem Einsatz von frauenbewegten Politikerinnen inzwischen keine direkte Diskriminierung in Verfassung und Gesetz mehr gibt, sind wir von der realen Gleichstellung im Sinne gerecht verteilter Macht und Ressourcen noch weit entfernt. Allem antifeministischen Gejammer zum Trotz! Es sollte hellhörig machen, wenn es für Frauen viel schwieriger ist, in der Wirtschaft in Führungspositionen zu gelangen als in der Politik. Das lässt auf einen Bedeutungsverlust der Politik gegenüber der Wirtschaft schliessen. In einer globalisierten Welt, in der leider die Wirtschaft den Takt vorgibt, ist das eine fatale Tendenz! Wem eine nachhaltig geschlechtergerechte Welt am Herzen liegt, für den bleibt auch nach den erreichten Fortschritten noch viel zu tun. Packen wir es an!



*Cécile Bühlmann
erste Grüne Luzerner Nationalrätin
von 1991–2005
Luzern*

verwirklicht ausser in den beiden Halbkantonen Appenzell.

1989: Die Landsgemeinde von Appenzell Ausser rhoden stimmt dem kantonalen Frauenstimmrecht am 30. April mit knappem Handmehr zu. Auf Gemeindeebene ist es seit 1972 obligatorisch eingeführt.

1990: Appenzell Innerrhoden muss als letzter Kanton das Stimm- und Wahlrecht für Frauen einführen. Das Bundesgericht heisst am 26. November einstimmig eine Beschwerde gut und entscheidet, dass unter die Begriffe «Landleute» und «übrige Schweizer» in der Kantonsverfassung von Appenzell Innerrhoden jetzt auch die Frauen fallen.

14. Juni: 2011

Nationaler Streik- und Aktionstag

Wir haben Stimmrecht, Verfassungsartikel und Gleichstellungsgesetz

Aber haben wir Gleichstellung?

Verdienen wir gleich viel für gleiche Arbeit?

Wer putzt und wäscht?

Wer sorgt für Kinder und Pflegebedürftige?

Wer kommt beruflich voran?

Wir haben viel zu ändern!

Frauen sind heute gut ausgebildet, wollen arbeiten gehen und merken jetzt, dass in Sachen Gleichstellung Vieles eben noch nicht wirklich läuft. Und die jungen Frauen fragen sich, ob sie 30 Jahre nach der Abstimmung zum Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung tatsächlich immer noch über Gleichstellung diskutieren müssen ...?

Die Antwort dazu lautet: Nein. Wir haben genug diskutiert und wollen nun die bekannten Forderungen einfach umgesetzt haben.

Deshalb gibt es am 14. Juni einen nationalen Streik- und Aktionstag!

In verschiedenen Städten werden Aktionen und Feste organisiert. Auch in Luzern. Das Programm ist in Planung und wir werden euch baldmöglichst detaillierter informieren.

Hast Du Lust, den Luzerner Tag mitzugestalten?

Dann melde Dich im Sekretariat 041 360 79 66.

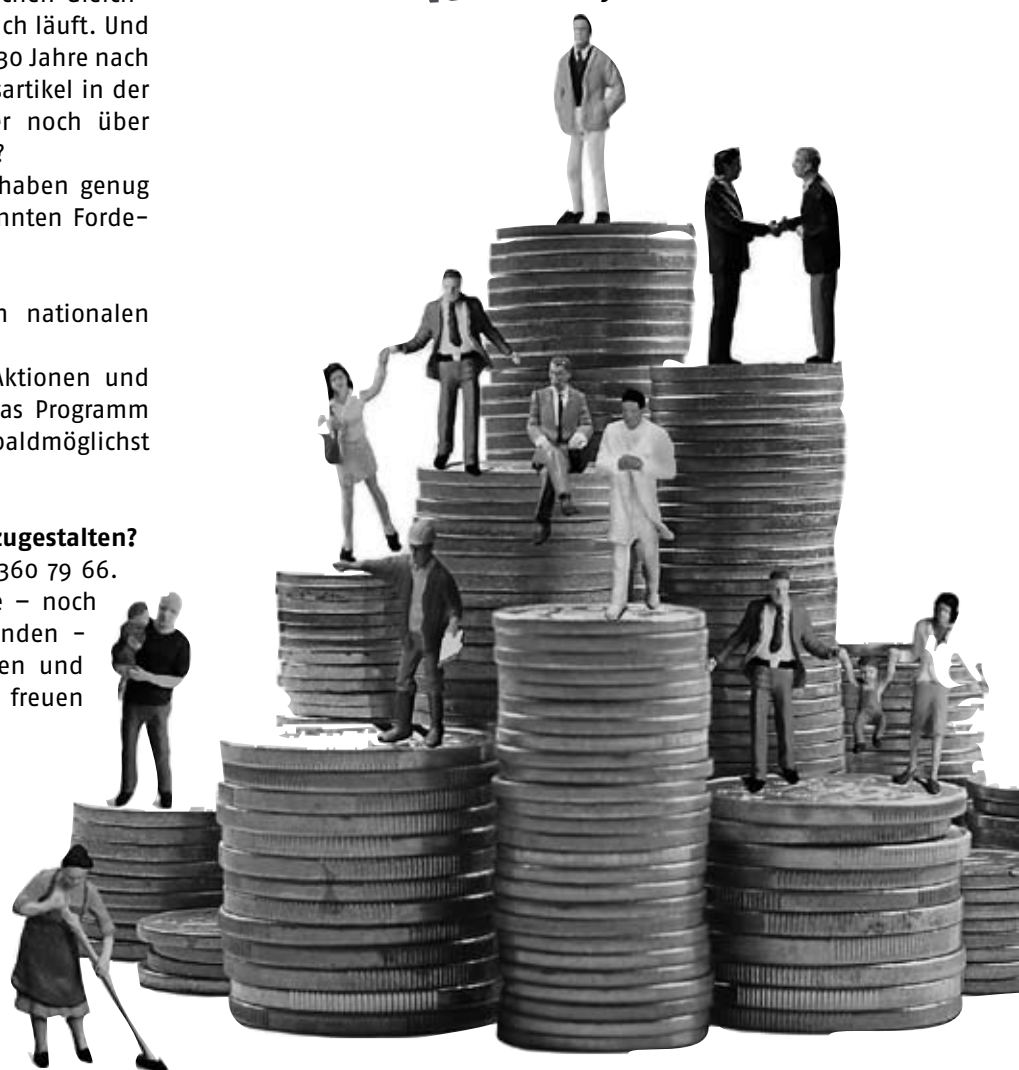
Dort bringst Du in Erfahrung wo die – noch stets unentwegt feministisch agierenden – Frauen ihre nächste Sitzung abhalten und wie Du Dich engagieren kannst. Wir freuen uns auf Dein Engagement!

Infos zum nationalen Aktionstag:

www.14juni2011.ch

Infos zu Luzern:

www.gruene-luzern.ch



(Entnommen einem Factsheet der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen) www.ekf.admin.ch/dokumentation/00444/00517/index.html?lang=de

Abstimmung vom 15. Mai 2011

JA zur Änderung des Volksschulbildungsgesetzes

Am 15. Mai 2011 stimmen wir über die Änderung des Volksschulbildungsgesetzes ab. Schwerpunkt der Teilrevision ist die Neugestaltung der Eingangsstufe. Mit der Annahme der Vorlage wird es den Gemeinden zukünftig möglich sein, zwischen zwei Modellen zur Gestaltung der Eingangsstufe zu wählen: der von den Gemeinden obligatorisch anzubietende, im Besuch jedoch freiwillige zweijährige Kindergarten oder alternativ die Basisstufe.

Zu den Eckwerten im Einzelnen:

■ Angebotsobligatorium zweijähriger Kindergarten

Die Gemeinden sollen neu ein zweijähriges Kindergartenangebot bereitstellen müssen. Für die Kinder ist der Besuch eines zweiten Kindergartens weiterhin freiwillig. Das obligatorische Eintrittsalter wird gegenüber der heutigen Regelung nicht verändert. Diese Vorgabe soll unter anderem die Chancengleichheit im Kanton erhöhen, da in vielen Gemeinden unseres Kantons und in vielen anderen Kantonen dieses Angebot bereits besteht.

■ Vierjährige Basisstufe

Die Basisstufe umfasst zwei Jahre Kindergarten und die ersten zwei Klassen der Primarschule. Die Basisstufenklassen werden jahrgangsgemischt geführt. Das Modell wird im Kanton Luzern inzwischen in 27 Pilotklassen erprobt und soll mit der

Verankerung im Volksschulbildungsgesetz als alternative Möglichkeit definitiv ermöglicht werden.

■ Die weiteren Änderungen

Neben diesen beiden umstrittenen Änderungen enthält die Vorlage einen neuen Akzent zur Verstärkung der Elternverpflichtung und zur Struktur der Sekundarstufe. Während der bisherige Kantonsanteil an den Betriebskosten der Volksschule 22.5% betrug, wird dieser neu auf 25% erhöht. Dadurch ändert sich der Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden neu auf 25% zu 75%. Die Vorlage unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung, da die finanziellen Auswirkungen dieser Änderung um 2.5 Prozentpunkte über dem Betrag von CHF 25 Mio liegen.

■ Die Beratung

Während die Vorlage im Rahmen der Vernehmlassung noch auf breite Zustimmung stiess, wurde eines der zentralen Elemente, das freiwillige Angebot der Basisstufe, in der Kommission für Erziehung, Bildung und Kultur gekippt. Die öffentliche Debatte über das drohende Aus für die freiwillige Basisstufe war gross. Die Allianz von betroffenen Gemeinden, Schulen und Eltern, zusammen mit kleineren Gemeinden, die ohne die Möglichkeit der Basisstufe um den Erhalt ihrer Schule bangten, konnte den Entscheid im Kantonsrat jedoch korrigieren.

■ Die Parole

Die Grünen Luzern treten für ein JA zur Vorlage ein, da die Schwerpunkte der Vorlage mit unseren Forderungen nach einem ganzheitlichen, vielfältigen und integrativen Schulsystem im Wesentlichen übereinstimmen. Das JA zur Änderung des Volksschulbildungsgesetzes wird es basisstufen-erprobten Gemeinden und neuen Interessenten ermöglichen, die Basisstufe als kognitive, soziale und kreative Kompetenzen förderndes Schulmodell weiter zu führen. Unsere Forderung an die Politik bleibt bestehen, dass der Volksschule hierfür genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen sind.



Nino Froelicher
Kantonsrat Grüne
Kriens

Kantonale Abstimmung:
Änderung Volksschulbildungsgesetz

Parole: JA

Bio-Erzeugnisse vom Ueli-Hof: Von Natur aus besser.



Verkauf ab Hof: Freitag 14-19 h und Samstag 8-13 h.

Ueli & Hof

Horw/St. Niklausen · Bio-Hof Mättwil · 041 342 05 45 · www.uelihof.ch

Nuklearkatastrophen rufen nach dem Ausstieg aus der Atomenergie

Die Zeit ist reif für grün

Seit 25 und mehr Jahren warnen wir als Grüne in Luzern vor den unverantwortbaren und fatalen Folgen von Atomunfällen. Wir wollten nie recht bekommen. Und nun nach Harrisburg und Tschernobyl die Katastrophe in Japan. Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit reif für grün?

Die unendlichen Katastrophen und die Folgen, die das japanische Volk heimsuchten, erschüttern uns und die ganze Welt: Erdbeben, Tsunami, Atomunfälle, Abertausende von Toten, ein Vielfaches an Obdachlosen und Evakuierten, Zerstörung. Während Naturereignisse eintreten, wenn sie müssen, sind Atomunfälle menschengemachte Risiken, von deren Fortführung wir uns jetzt verabschieden müssen.

Parlament oder Volksinitiative

Deshalb verlangt die Fraktion der Grünen im Bundeshaus eine ausserordentliche Session zur Atompolitik der Schweiz. Das Anliegen wird von der SP, der CVP/GLP/EVP und von der BDP unterstützt. Dort verlangen wir Grünen den Ausstieg aus der Atomenergie. Das Parlament hat so die Möglichkeit, rasch und entschieden zu handeln. Die Debatte findet in der Sommersession statt.

Falls das Parlament den Atomausstieg ablehnt, schlägt die Geschäftsleitung der Grünen vor, den Weg über das Volk zu wählen. Anfangs April erhalten die Parteigremien einen Vorschlag zur Lancierung einer Volksinitiative zum Atomausstieg. Wir Grünen wollen eine sichere Energiepolitik ohne Atomrisiko.

Die dramatischen Ereignisse in Japan werfen zudem Fragen über die Sicherheit der bestehenden AKW und Verfahren auf. Da hat der Bundesrat schnell reagiert und zwei unserer Forderungen erfüllt:

- Die laufenden Verfahren für den Bau neuer AKW sind sistiert.
- Die Sicherheit der bestehenden Reaktoren wird überprüft.

Weg von Atom und Erdöl

Wir Grüne kämpfen seit Jahren für ein Umdenken. Wirtschaft und Gesellschaft müssen weg von untragbaren Risiken, weg von unbezahlbaren Folgekosten, weg vom ungelösten Abfallproblem und weg vom Wettlauf um die letzten Uranreserven unseres Planeten.

Praktisch gleichzeitig ist auch der Ausstieg aus dem Erdöl vorzubereiten, damit der Klimaerwärmung begegnet werden kann. Deshalb verlangen wir vom Bundesrat, jetzt die nötigen Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der Stromeinsparung aufzuzeigen.

Grosse Potenziale

Der Umstieg ist relativ schnell möglich. Wie fürchtete sich die Schweiz in den achtziger Jahren vor grauer Wäsche, als die Beimischung von Phosphaten in Waschmittel verboten wurde. Beim Inkrafttreten waren die Regale voll von Alternativen.

Ähnlich ist es bei der Energie. Mit dem Ersatz von Elektroheizungen, mit Keller- und Dachisolierungen, mit stromsparenden Geräten und mit Sonnenkollektoren zur Warmwassergewinnung lässt sich der Energieverbrauch schnell und fast ohne Komfortverlust senken. Oder kostenlose Einspeisevergütung KEV: Aktuell sind Anlagen mit positivem Entscheid projektiert, die mit 3,8 Milliarden Kilowattstunden eines der drei alten AKW (Mühleberg, Beznau I und II) ersetzen können. Auf der Warteliste sind 9375 zur Ausführung bereite Produktionsanlagen für 4,1 Mia. kWh. Damit könnte ein weiteres AKW vom Netz. Dann internationale Gleichstromleitungen, lokal intelligente Stromnetze (Smartgrid). Und und und.

Die Zukunft ist erneuerbar

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Erdwärme. Dazu haben Energieeffizienz und cleveres Einsparen grosse Potenziale. Wir können aus dem Erdöl- und Atomzeitalter aus- und in eine sichere, zukunftsfähige, menschen- und umweltfreundliche Energiezukunft einsteigen. Die Zeit ist reif für Grün.



Louis Schelbert
Nationalrat Luzern
Luzern

Suchen Hausgemeinschaft

Wir sind eine fünfköpfige Familie (43, 37, 5, 3, 1, ohne Auto) und suchen im Raum Luzern eine **Hausgemeinschaft** mit Kindern oder ein geeignetes Haus dafür.

Kosten: Whg. kaufen (max. 800'000) oder Miete (2'800/Mt.).
MFH nach Absprache Whg:
5 Zimmer, Gemeinschaftsräume. evtl. Garten, gute ÖV-Verbindungen.

Kontakt: hausgem@bluewin.ch,
T 041 420 40 13, Remo oder Helen

Friedlicher Grossanlass für die erneuerbare Zukunft am 22. Mai 2011

MenschenStrom gegen Atom

Seit Monaten wird der zweite familienfreundliche Grossanlass für die erneuerbare Zukunft und gegen neue und alte Atomkraftwerke geplant. Die OrganisatorInnen sind bestürzt über die Atomkraft-Katastrophe in Japan. Tausende von Menschen jeden Alters wandern am 22. Mai 2011 gemeinsam im Kanton Aargau in die erneuerbare Zukunft.

Die Vorbereitungsgruppe des MenschenStroms gegen Atom ist bestürzt über die Atomkraft-Katastrophe in Fukushima mit der sich ausbreitenden radioaktiven Strahlung. Sie spricht der japanischen Bevölkerung ihr tiefes Mitgefühl aus. Es ist traurig, dass das atomare Restrisiko, vor welchem AKW-GegnerInnen immer gewarnt haben, nun erschreckende Wirklichkeit geworden ist. Mittlerweile wurden die Pläne zum Neubau von Atomkraftwerken vom Bundesrat zwar sistiert. Doch damit sind die Forderungen des MenschenStroms nicht erfüllt, denn aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Solange Axpo, Alpiq und BKW die Rahmenbewilligungsgesuche nicht vorbehaltlos zurückziehen, bereitet sich die Bewegung auf die Volksabstimmung vor, um ein Nein zu neuen AKW zu erreichen. Auch die verstärkte Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien ist noch keineswegs gesichert, und schon gar nicht das verbindliche Programm für den Ausstieg aus der gefährlichen, dreckigen und teuren Atomtechnologie.

Der MenschenStrom vom 22. Mai 2011 bleibt bitter nötig. Es werden Tausende von Menschen jeden

Alters dabei sein, die dunklen Schatten des Atomzeitalters hinter sich zu lassen. Für die Bewilligung stehen die OrganisatorInnen in intensivem und konstruktivem Kontakt mit den Behörden.

Ein weiteres Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima darf es nicht mehr geben. Mit dem MenschenStrom gegen Atom wird die Bewegung für eine erneuerbare Zukunft, welche letztes Jahr an Pfingsten ins Leben gerufen wurde, weiter ausgebaut. Michaela Lötscher von der Vorbereitungsgruppe sagt: „Mehr als 90 Organisationen aus vier Ländern sind dieses Jahr bereits der Trägerschaft beigetreten. Wir freuen uns auf eine eindrückliche Kundgebung für den Atomausstieg. Gemeinsam treten wir aus dem Schatten der Ohnmacht und der Angst. Mit Freude wandern wir hin zu effizient genutzter erneuerbarer Energie. Die nahe Zukunft kann sauberen Strom, Sicherheit, Arbeit und Wohlstand für uns und unsere Nachkommen bieten.

Wir laden alle herzlich ein, diesen Weg mit uns unter die Füsse zu nehmen.“

www.menschenstrom.ch

Medienmitteilung vom 25. März 2011

Wir fahren gemeinsam zum MenschenStrom gegen Atom

Wir treffen uns am 22. Mai 2011 am Bahnhof Luzern, um gemeinsam in den Aargau zu fahren! Sobald wir den Ort und Zeitpunkt wissen, werdet Ihr per Mail und Homepage informiert.

MENSCHENSTROM
GEGEN ATOM
Die Zukunft ist erneuerbar



Beraten, planen und realisieren. Ihr Partner für Strom und Wärme aus der Sonne. Gebäudeenergie, die auch ästhetisch überzeugt.

BE Netz AG | CH-6030 Ebikon LU | 041 319 00 00 | info@benetz.ch | www.benetz.ch

BE NETZ
Bau und Energie

Die Initiative der Jungen Grünen

Luzern mit Strom ohne Atom

Am 6. Juni 2009 lancierten wir – die Jungen Grünen Luzern – die städtische Volksinitiative «Luzern mit Strom ohne Atom». Mit 957 gültigen Stimmen konnten wir sie am 19. August 2009 einreichen.

Die Frist zur Beantwortung unserer Initiative wurde mit unserem Einverständnis zum zweiten Mal verlängert, um die Initiative im Rahmen der Beratung über die Luzerner Energiestrategie zu behandeln. Bis spätestens Ende Juni 2011 sollte der Bericht und Antrag im Grossen Stadtrat diskutiert worden sein, damit die Initiative Ende November 2011 vors Stadtluzerner Volk kommen kann.

Mit den Abstimmungsvorbereitungen begannen wir Anfang dieses Jahres. Wir versuchen alle Kräfte gegen den Atomstrom zu mobilisieren, und wir haben bereits ein erstes Netzwerk gebildet. Mit verschiedenen Organisationen und Parteien werden nun vielfältige Aktionen vor der «heissen» Phase geplant.

Seit Jahren weisen die Jungen Grünen und Grünen auf die Gefährlichkeit der Atomenergie hin. Mit der atomaren Katastrophe in Japan hat unsere

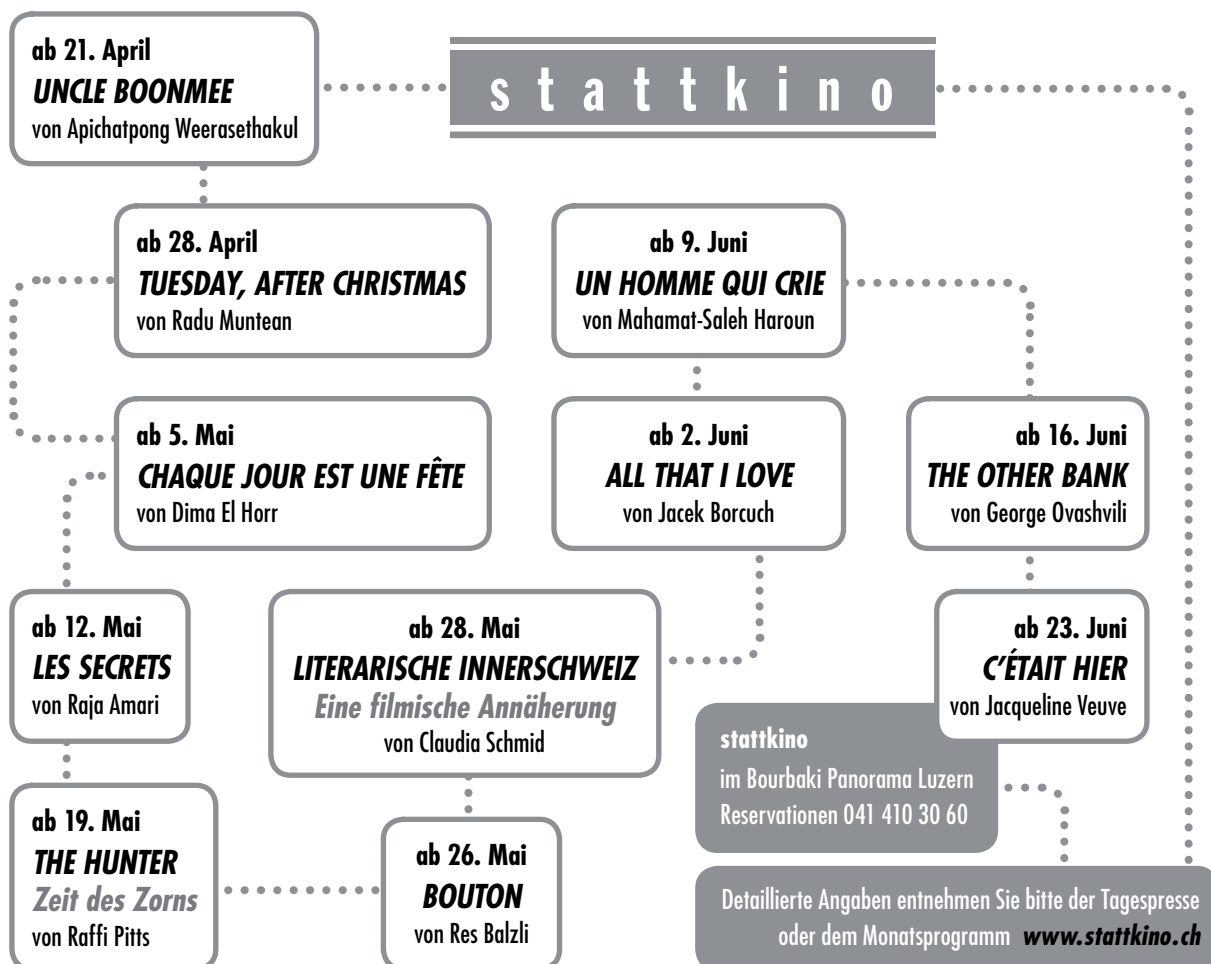
Initiative eine traurige Aktualität bekommen. Die Gegnerinnen und Gegner der Atomkraft nahmen im bürgerlichen Lager sprunghaft zu. Die Nachhaltigkeit dieses Sinneswandels steht noch auf dem Prüfstand.

In der Woche vom 14. bis 19. März 2011 organisierten wir Mahnwachen auf dem Bahnhofplatz Luzern. Der Höhepunkt war der Mittwochabend, als sehr viele Menschen – teils spontan, teils geplant – an der Mahnwache teilnahmen und den Opfern der Atomenergie gedachten. Uns berührte die Anteilnahme sehr und wir erhielten viele positive Rückmeldungen für die Organisation – auch von bürgerlicher Seite.

Nun freuen wir uns auf den Abstimmungskampf, denn es besteht die wohl einmalige Möglichkeit in der Stadt Luzern über den Atomausstieg abzustimmen.



Steffi Wyss
Komitee Initiative «Luzern mit Strom ohne Atom»
Luzern



Abstimmung vom 15. Mai 2011

Sanierung Schulanlage Maihof

Der Stadtrat will die Schulanlage Maihof für 18,5 Millionen Franken sanieren und mit einem Neubau erweitern.

Die Schulanlage Maihof wurde 1906 erstellt und nimmt noch heute im Siedlungsgebiet als wichtiger Zeitzeuge damaliger Schulhausarchitektur eine prägende Stellung ein. Das Schulhaus ist renovationsbedürftig und muss im Rahmen der Schulraumerweiterung gesamthaft saniert werden. Das Bauprojekt sieht vor, den bestehenden Bau in seiner Struktur zu erhalten und restauratorisch zu sanieren.

Zudem sieht es vor, das Schulhaus erdbebensicher zu ertüchtigen und eine Holzschnitzelheizung soll der Wärmeerzeugung dienen. Mit dieser und den vorgesehenen baulichen wie technischen Massnahmen kann der Minergie-Standard für das Schulhaus Maihof erreicht werden.

Für die Grünen ist klar: Das Schulhaus Maihof muss jetzt saniert werden.

Städtische Abstimmung:

Schulanlage Maihof: Kredit für Gesamtsanierung und Erweiterung

Parole: JA



Oeko Hotel Gruebismalm/Rigi

Autofrei, kinder und familien
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebismalm.ch
E Mail: oeko.hotel.gruebismalm.rigi@bluewin.ch



Bioprodukte vom Hof und aus der Region

EMMER BIOHOF

Hofladen offen
jeden Freitag 13.30 - 18.30
oder nach telefonischer Vereinbarung
Telefon 041 260 21 71

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
helfensteinbio@bluewin.ch
www.emmer-biohof.ch

R E S T A U R A N T B A R N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

www.velobude.org

Wir sind eine komplett eingerichtete,
offene Velowerkstatt für jedermann.

Du arbeitest selber - wir helfen dir dabei.

Geöffnet ist jeweils:

(das ganze Jahr) Samstag 13.30 - 18.30

(April - Oktober) Mittwoch 17.00 - 20.30

Wir vermieten günstig: Tourentandem / Rikscha
Velo-Anhänger / Trottinette

Velobude Luzern - Langensandstrasse 5 - am Fusse des Turmes der Kirche St. Anton

VELOBUDE LUZERN



Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw

Raum für verdichtete Entwicklung

Bereits 1998 verlangt die L20 eine Planungszone über die Industriezonen beim Bahnhof Horw. 2003 wird ein Richtplan über das Gebiet ausgearbeitet, 2005 regt die L20 die Schaffung eines Masterplans an und schliesslich spricht sich die Horwer Bevölkerung am 26. September 2010 mit der neuen Ortsplanung für die Zentrumszone Bahnhof aus. Hier soll sich Horw baulich entwickeln können, während die Landschaft auf der Halbinsel unbebaut bleiben soll.

Nun liegt mit dem Bebauungsplan die nächste Planungsstufe vor. Darin wird die Idee eines erlebnisdichten Zentrums für die Grundeigentümer verbindlich festgelegt. Dieses soll Wohnungen, mässig störende Dienstleistungs- und Gewerbe-

betriebe, Gastgewerbe und öffentliche Bauten und Anlagen aufweisen. Der Energiestandard der Gebäude soll hoch sein, ebenso die Dichte der Bebauung – eben verdichtet. Durch hohe Gebäude wird erreicht, dass trotzdem genügend gestaltete Grünräume bleiben – für öffentliche Nutzungen und ein gutes Netz für Fussgänger, Langsamverkehr und ÖV.

Auf dem Weg zu einem anregenden Zentrum ist der Bebauungsplan ein erster Schritt – die anschliessende Umsetzung ist sehr anforderungsreich. Sie soll von einer Fachkommission begleitet werden, welche laufend die Erreichung der Ziele überwacht. Sie wird die Projekte nach architektonisch-städtebaulichen, ökonomischen und gesellschaftlich-soziologischen Aspekten prüfen und soll entsprechend zusammengesetzt sein.

Mit dem Projekt soll ein hoher ökologischer Standard verwirklicht werden. Dies erfordert eine zukunftsgerichtete Umschreibung des technischen Energiestandards, Minergie P oder Minergie eco. Diese Label bezeichnen Standards, welche die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen verlangen und durch die laufende Anpassung immer «à jour» bleiben.

Die hohe Dichte bedingt eine hohe Gestaltungsqualität. Doch guter Städtebau ist nicht automatisch erlebnisreich. Erst die Durchmischung verschiedener Bevölkerungsgruppen, von Wohnen und Arbeiten, Einkaufen und Freizeit verbunden mit gut benutzbaren Erholungsräumen bringt das besondere Etwas.

Nebst allen Chancen birgt das Projekt auch Risiken. So könnten sich in der bestens erschlossenen Bebauung vor allem Neuzuzüger niederlassen. Um dem entgegenzuwirken, fordert die L20 zahlbaren Wohnraum für Horwerinnen und Horwer. Leider haben der Gemeinderat mit der gewährten Ausnützung und die Mehrheit des Einwohnerrat mit dem Verzicht auf eine Mehrwertabschöpfung den Spielraum des Projektes bereits aus der Hand gegeben. Deshalb fordert die L20 im Baufeld G (Grundstück im Besitz der Gemeinde) Wohnraum mit einer Mietzinsobergrenze zu erstellen.



Die Idee von Ihnen
Das Holz aus der Region
Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Die Druckerei in der Luzerner Neustadt

g e g e n d r u c k _ G m b H
_offsetdruckerei _t 041 360 82 70



Jörg Stalder
L20 Einwohnerrat Horw
Architekt HTL und Energieberater GEAK
Horw

Rückblick Palaver vom 24. Januar 2011

Mobilität – immer mehr, immer schneller

Es trafen sich rund 30 Personen in der Werft der Schifffahrtsgesellschaft des Vierwaldstättersees (SGV), um sich über die Erwartungen an die Mobilität und deren Nachhaltigkeit auszutauschen. Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über Ursachen und Folgen der wachsenden Mobilität sowie über Lösungsansätze zur nachhaltigen Nutzung der Verkehrsmöglichkeiten.

Vorab gewährte Martin Wicki, Leiter Schifffahrt der SGV, einen interessanten Einblick in das Unternehmen, das uns einen wunderbaren Palaver-Raum in einer thematisch abgestimmten Umgebung zur Verfügung stellte. Danke!

Korintha Bärtsch, Grossstadträtin Grüne Luzern, und Christian Harb von Umverkehr Zürich eröffneten die Palaver-Runde. Anhand statistischer Angaben zeigten sie das Ausmass des Bahn- und Strassenverkehrs in der Schweiz auf und formulierten die Fragen, ob es eine nachhaltige Mobilität überhaupt gebe und durch was sich diese auszeichnen würde. Zudem nannten sie mögliche Ursachen des Mobilitätsanstiegs (Wohn- und Arbeitsort sind immer weniger deckungsgleich).

Steuerung über Kostenerhöhung

Es wurden Lösungsansätze diskutiert. Wie kann man eine nachhaltige Mobilität – wohl gekennzeichnet durch möglichst wenig Verkehr und durch eine möglichst umweltfreundliche Abwicklung des bestehenden Verkehrs – erreichen. Es wurde davon ausgegangen, dass die Inanspruchnahme des öffentlichen Verkehrs (ÖV) und der damit zusammenhängende Energieverbrauch stetig zunehmen sowie der ÖV an Kapazitätsgrenzen stossen werde. Angeregt besprochen wurde infolgedessen die Verkehrslenkung durch Kostenerhöhung beim ÖV. Darüber, ob dies zum gewünschten Ziel einer nachhaltigen Mobilität führe, wurde man sich nicht einig. Problematisch bei einer Steuerung des Verkehrs durch Geld sei die daraus resultierende soziale Benachteiligung von einkommensschwachen Personen.

Sinnvolle Siedlungs- und Steuerpolitik

Hinsichtlich des Pendler- und Freizeitverkehrs im Besonderen kristallisierten sich aus dem Gespräch weitere Lösungsansätze heraus, die zu einer nachhaltigen Benutzung der Verkehrsmöglichkeiten führen könnten. So seien in Bezug auf den Pendlerverkehr eine sinnvolle Siedlungs- und Steuer-



erpolitik von Nöten. Beispielsweise die Stärkung der Agglomeration mit attraktiven Wohn- und Lebenszonen könne die von Pendlerinnen und Pendlern zurückzulegenden Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort verkürzen. Das Ausmass des Freizeitverkehrs dagegen gründe stark auf dem Anspruch, immer schneller und über immer längere Distanzen an unterschiedliche Orte zu gelangen. In diesem Zusammenhang sei deshalb primär beim Bewusstsein des Individuums anzuknüpfen.

Der Palaver-Abend zeigte: Eine inhaltlich breit abgestützte Diskussion ist notwendig, um dem Ziel

einer nachhaltigen Mobilität näher zu kommen. Ein grosser Dank geht an Korintha Bärtsch und Christian Harb für die aufschlussreichen Inputs und an die Gäste für das angeregte Gespräch!



Stefanie Fisch
Vorstand Grüne Stadt Luzern
Luzern



Jahreszeitenpalaver

6. Reihe | Frühling 2011

Wald

Was man im Walde alles tut 23. Mai 2011, 18.00 Uhr
Führung mit Dr. Christian Ley, Stadtoberförster Luzern
Treffpunkt: Bushaltestelle Gütschwald, Bus Nr. 10 ab Bahnhof 17.45 Uhr
Route: Von der Gütschwaldstation zur Gütschwaldhütte
Bekleidung: Outdoorbekleidung, Regenschutz nach Bedarf, gute Schuhe



Information aus dem Vorstand

Doppelmandate bei den Grünen

Der Vorstand hat sich an seiner Sitzung vom 21. Februar 2011 mit dem Thema der Doppelmandate auseinander gesetzt.

Der Vorstand war sich einig, Doppelmandate sind grundsätzlich schwierig und bei den Grünen möchten wir eigentlich nicht, dass Personen zwei verschiedene Mandate besetzen. Dies aus verschiedenen Gründen. Wir Grünen haben immer noch wenig Sitze in den Regierungen, Parlamenten und Kommissionen, deshalb möchten wir möglichst vielen Personen die Möglichkeit geben, in einem Mandat mitzuarbeiten.

Zudem wollen wir die Einflussnahme auf möglichst viele verschiedene Personen verteilen. Die Erfahrung zeigt auch, dass SympathisantInnen, Neumitglieder und junge Menschen eher bereit sind, sich für die Grünen zu engagieren, wenn auch eine Perspektive entsteht, ein öffentliches Mandat zu übernehmen.

Wir wissen aber alle, dass es heute, wie in der Vergangenheit, immer wieder Situationen gab, bei denen, aus personellen Engpässen heraus, solche Doppelmandate zustande kamen. Es ist aber auch in diesen Situationen wichtig, dass diese Lösung keine Dauerlösung sein soll, sondern als Übergang betrachtet wird.

Aus dieser Erfahrung heraus entschied sich der Vorstand, den Grundsatz, dass wir keine Doppelmandate möchten, nicht in den Statuten oder einem separaten Reglement festzuschreiben.

Der Beschluss ist im Protokoll des Vorstandes festgehalten und mit dieser Veröffentlichung auch allen Mitgliedern zugänglich.



Co Präsidium
Katharina Hubacher
Monique Frei

Fünf Jahre im Seniorenrat

Danke dir Hugo Ottiger

Hugo Ottiger hat die Grünen in den vergangenen 5 Jahren im Seniorenrat vertreten. 2005 kam Hugo nach langjähriger Tätigkeit als Leiter eines Behindertenheimes im Kanton Zürich als Jungsenior wieder zurück in seine alte Heimat. Die Anfrage, den grünen Sitz von Rita Meyer-Facius im Seniorenrat zu übernehmen, kam ihm gelegen, suchte er doch in Luzern wieder einen neuen Wirkungskreis.



Hugo Ottiger brachte frischen Wind und viele neue Ideen ins etablierte Seniorengremium. Er hat mit unverstelltem Blick und offenen Ohren hingeschaut und zugehört. Er brachte Ideen. So zum Beispiel: Das Steuergesetz sollte es SeniorInnen ermöglichen, die Kosten für ihre Weiterbildung von den Steuern abzuziehen. Hugo engagierte sich in der Arbeitsgruppe Mobilität und erreichte Verbesserungen für Seniorinnen und Senioren. Aufgrund der Interventionen aus dieser Arbeitsgruppe hat nun die VBL die Billetautomaten an allen Haltestellen so umgerüstet, dass sie einfach zu bedienen sind. Ausserdem haben Banken und die Post dem Seniorenrat zugesichert, dass Publikumsräume zukünftig mit Sitzgelegenheiten ausgestattet würden, sodass ältere Kundinnen und Kunden in der Lage sind, ihre Besorgungen in der Stadt ohne Stress zu erledigen.

Hugo vertrat seine Ideen immer zurückhaltend, mit leiser Stimme, aber beharrlich. Er arbeitete umsichtig und verbindlich. Um seine Sparingpartner kennen zu lernen, besuchte er Debatten im Stadtparlament. In den letzten zwei Jahren half Hugo mit, den Seniorenrat umzuwandeln. Er arbeitete beim Projekt „Partizipation 60 plus“ mit.

Dieses wird die Arbeit des Seniorenrats – anders aber besser – übernehmen und weiterführen. (vgl. Kasten)

Hugo, wir danken Dir herzlich für Deinen Einsatz. Natürlich hoffen wir, dass wir Dich – früher oder später – an einer Versammlung, einem Fest, oder einem Palaver wieder sehen. Deine frohe Art tut uns gut.



Agatha Fausch
Grossstadträtin Grüne Luzern
Luzern

Gesucht werden Jungsenioren oder Jungseniorinnen

Der Seniorenrat wurde Ende 2010 aufgelöst. Neu wird das Forum „Partizipation 60 +“ geschaffen. Ca. 50 ältere Frauen und Männer werden sich über eine Internetplattform am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen. „Partizipation 60+“ will das Erfahrungswissen der Altersgruppe über 60 stärker miteinbeziehen. Die Internetplattform soll politische Stellungnahmen bündeln, den Austausch unter der älteren Generation fördern und generationenübergreifende Projekte anstossen. Das Forum wird jährlich zwei Mal zusammenkommen. Es wird von einem Ausschuss mit sieben Mitgliedern koordiniert.

Gesucht werden Jungsenioren oder Jungseniorinnen, die sich für die freiwillige Mitarbeit im Forum „Partizipation 60+“ interessieren.

Interessiert?

Dann melde Dich bei Corinne Sturm in der Sozialdirektion. Telefon: 041 208 81 38
E-Mail: corinne.sturm@stadtluzern.ch

Zum Abgang von Roli Neyerlin als Präsident einer philosophischen Schulpflege

Lösungen im Gespräch finden

Über 100 Jahre lang gab es die Schulpflege und seit über 40 Jahren ist Roli Neyerlin in der Politik aktiv, die letzten 10 Jahre in der seit 2001 auf sieben Mitglieder verkleinerten Schulpflege der Stadt Luzern und davon die letzten 5 Jahre als deren Präsident. Auf Ende 2010 wurde die Schulpflege zugunsten einer parlamentarischen Bildungskommission aufgehoben und Roli Neyerlin hat sich von seinem Amt verabschiedet.

Pädagogische Fragen brauchen nicht parteipolitische, sondern pädagogische Antworten. Diese Haltung von Roli hat die Arbeit der Schulpflege geprägt. Er pflegte eine Kultur der Offenheit, des Zuhörens, sich Einlassens und der dialogischen Auseinandersetzung – immer im Wissen, dass andere auch Lösungen kennen (others have facts too!). Mit einer wohlwollenden Streitkultur schaffte er Voraussetzungen für Lösungen, die weder Kompromisse noch Abbild der Parteibüchlein der Mitglieder waren.

Roli hat viel bewegt in den Jahren seines Präsidiums – von der nicht ganz einfachen Reorganisation der Führungsstruktur der Städtischen Volksschulen, dem Übergang von der Tagesschule zur Additiven Tagesschule bis zur Aufgleisung des grossen Projekts Integrative Förderung und der tägliche Sport- und Bewegungsstunde. Was immer anstand, Roli hat es verstanden, die bestehenden Möglichkeiten zu berücksichtigen, vorhandene Instrumente gezielt einzusetzen und Problemen adäquat zu begegnen. Viele Teams, Schulleitungen und Lehrpersonen werden sich gerne an lösungsorientierte und manchmal unkonventionelle Gespräche mit Roli erinnern. Einige von ihnen wird er zukünftig als Berater unterstützen können.



Auf Anfang des neuen Jahres hat die Schulpflege der Bildungskommission eine sehr gut geführte Volksschule übergeben können. Hoffen wir, dass diese die Kultur der wohlwollenden Auseinandersetzung wie sie Roli geprägt hat, fortsetzt und damit für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Schulleitungen beste Voraussetzungen für einen befriedigenden Schulalltag schafft.

Wir danken Roli ganz herzlich für seine grosse Arbeit für die Schulen der Stadt Luzern!



*Edith Lanfranconi-Laube
Fraktionspräsidentin
Grossstadtrat Luzern
Luzern*



Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme Mängel in der Wohnung

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Wahlkampfauftakt am 12. März 2011

Eine Minute für die Grünen

Speakers' Corner – 30 PolitikerInnen und Kulturschaffende gaben am 12. März vor dem Luzerner Theater je ein einminütiges Statement, warum die Zeit reif ist für grün!

Beteiligte: Adrian Borgula, Agatha Fausch, Philipp Federer, Raffael Fischer, Monique Frey, Nino Froelicher, Alain Greter, Pablo Haller, Katharina

Hubacher, Judith Huber, Hannes Koch, Thomas Küng, Edith Lanfranconi, Urban Mäder, Ruedi Meier, Simon Meyer, Ursa Sigris, Hans Stutz, Pat Treyer, Beat Unternährer. Videoaufnahme: Nils Hedinger.

Es war ein stimmungsvoller und gelungener Wahlkampfauftakt. Wir danken allen Beteiligten!



Rückblick zum Wahlfest für und mit Adrian Borgula

Wahl Tanz im Pavillon der Spielleute

Am Freitag, 18. März 2011, lud Regierungsratskandidat Adrian Borgula zum Wahl Tanz im Pavillon der Spielleute Luzern.

Nach einem Podium unter der Leitung von Michael Töngi, an dem Conrad Wagner von den Grünen Nidwalden, Hanni Schriber von den Grün-Alternativen Zug, Mike Siegrist als Mitentwickler des Raumkonzepts Schweiz sowie Adrian Borgula zum Thema Raumplanung diskutierten, fing der Abend

erst richtig an. Adrian Borgula trat mit seinen Musikbands ALIEV Bleh Orkestar und Marie Choller auf und brachte manches Tanzbein zum Schwingen. Ruedi Otts Paella sowie ein breites Angebot an der Bar sorgten dafür, dass den Tanzlustigen und der MusikerInnen der Schnauf bis weit nach Mitternacht nicht ausging! Der gelungene Anlass mit ausgezeichneter Stimmung wird manchen noch lange in Erinnerung bleiben!



Werbe-Video für die Grünen

Auf die Grünen zugeschnitten

Die filmonauten gmbh hat den ersten Werbe-Video für die Grünen Kanton Luzern realisiert.

Auf der Homepage der Grünen, in den Kinos Bourbaki, im stattkino Luzern und in allen VBL Bussen und den Rottalbussen liefen bis zu den Kantons- und Regierungsratswahlen die drei Filme der Grünen Luzern.

Wie bei den Plakaten und den Postkarten haben wir uns bei den Videos für die drei Themen Klima, Verkehr und erneuerbare Energie entschieden.

Die filmonauten video und film gmbh hat in relativ kurzer Zeit drei, auf die Grünen zugeschnittene, Videos kreiert und wir denken sie sind wirklich gelungen. Die Filme werden weiterhin auf der Homepage der Grünen Luzern platziert sein und stehen auch für die nächsten Wahlen bereit.



*Judith Huber
Sekretariat Grüne Luzern
Emmenbrücke*

filmonauten video und film gmbh

Die filmonauten video und film gmbh realisieren und produzieren Video- und Filmprojekte im Bereich von Auftragsarbeiten, Eigenproduktionen oder Kunstprojekten. Das Suchen und Finden von individuellen und eigenwilligen Lösungen sind die Grundlage ihrer Motivation.

Dank ihren fundierten Berufsausbildungen und umfangreichen Erfahrungen in den Bereichen Videodesign, Produktion und Regie können sie für eine professionelle Umsetzung garantieren.

Filmarbeit ist Teamarbeit, deshalb liegt ihnen viel an einer guten Kommunikation mit den Kunden und allen Beteiligten eines Projekts. Sie arbeiten vernetzt mit weiteren Produktionsfirmen sowie

Video- und Filmschaffenden zusammen, vorzugsweise aus dem Raum Innerschweiz. Bei den Spots für die Grünen, gab es eine technische Zusammenarbeit mit dem Luzerner Ueli Müller. Das Zusammenarbeiten in Netzwerken ermöglicht ihnen, ständig im Austausch mit der Branche zu sein, was Offenheit fördert, interessante Kontakte schafft und zur Qualitätssicherung beisteuert.

Im 2011 sind die filmonauten auch wieder mit der Planung zweier Dokumentarfilmprojekte gestartet, sicherlich werden auch diese in ihrer eigenwilligen Formensprache und ihren Inhalten wiederum zu überraschen wissen.

www.filmonauten.ch

natur-farben.ch
kurt unternäher
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf



tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke



**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

LUZERNERSTRASSE 33C
6010 KRIENS
TELEFON 079 650 79 42
WWW.PATRICKSTEINER.CH



Kochrezept

Blacken – und sie schmecken gut

Wir kennen sie, die Blacken. Wenn wir wandern, sind sie rund um Alphütten und Ställe haufenweise anzutreffen. Sie lieben frische humusreiche oder rohe, nährstoffreiche Lehm- und Tonböden. Die Blacke gehört zu der Gattung des Ampfers. Es ist der stumpfblättrige Ampfer (*Rumex obtusifolius*), von dem ich rede.

Als ich vor einigen Jahren in mein Haus einzog, staunte ich nicht schlecht. Im Frühling sprossen ums Haus, hunderte, gefühlte tausende Blacken aus dem Boden. Ich fand die grünen, grossen Blätter hässlich. Ich fühlte mich richtig bedroht, weil es so viele waren. Und immer wieder fragte ich mich: Kann es sein, dass eine Pflanze wirklich nur Unkraut ist? Ist es möglich, dass man sie weder zu Heilzwecken noch zum Kochen benutzen kann? Wenn sie wenigstens fürs Auge ein Schmaus wären. Aber das waren sie auch nicht. Ich fragte meine Bekannten, aber niemand konnte mir einen Tipp geben.

Ich, wir, kämpften gegen die Blacken. Stundenlang stachen wir sie geduldig aus.

Ein Trick ist, sie klein zu nehmen, da sie sehr schnell zähe, starke Wurzeln machen. Ich entwickelte einen Entdeckerinnenblick. Es gibt spezielle Blackenausstechgeräte. Das lohnt sich. Ich kann die Geräte aber auch gerne ausleihen. Ich habe kaum mehr Blacken im Garten. Jetzt, da ich endlich weiss, was ich mit ihnen machen könnte.

Essen! Sie schmecken gut.

Zufällig hörte mein Freund im Radio ein Blackenrezept.

Sofort ging ich in den Garten. Ich fand noch drei kleine Blackenblätter. Ich blanchierte sie kurz, salzte sie, füllte sie mit getrockneten Tomaten, da ich grad nichts anderes im Haus hatte und ass sie. Gut, fein, super!

Du kannst sie eigentlich füllen mit was du möchtest. Du kannst sie auch einfach kurz blanchieren und wie Spinat essen, nur mit Salz und etwas Olivenöl.

Empfehlenswert ist eine Füllung wie für Weinblätter, zum Beispiel aus dem Kochbuch von Gabi Kopp* (Seite 23). Das Rezept heisst Yaprak Sarmasli. Es wird bereitet mit 240 gr Reis, 1/2 Bund Peterli gehackt, 1/2 Dill gehackt, 1 TL Paprikaflocken mittelscharf, 1 TL gemahlener Kreuzkümmel, 1 Prise Pfeffer schwarz, 1 TL getr. Oregano, 3 TL getr. Minze,



3 kleine Zwiebeln gerieben, 1/2 EL Tomatenmark, Salz, 2 EL Olivenöl und 1 Zitrone.

Diese Füllung reicht für ca. 30 Blackenblätter.

Versuche folgendes:

■ Den Reis waschen und mit den Kräutern, Gewürzen, geriebenen Zwiebeln und dem Tomatenmark mischen.

■ Die Blacken mit der Innenseite nach oben auslegen

■ Auf jede Blacke 1 TL der Füllung als Streifen in die Mitte geben. Zuerst die Stielseite, dann die beiden Seiten einschlagen und die Blacke locker zusammenrollen.

■ Die gerollten Blacken dicht nebeneinander in einen Topf legen, mit Salz bestreuen und mit etwas Öl begiessen, knapp mit Wasser bedecken. Den Topf mit einem mit Wasser gefüllten Suppenteller beschweren und dreissig Minuten köcheln lassen.

■ Die Blacken auf einer Platte anrichten, mit Zitronenscheiben dekorieren und lauwarm oder kalt servieren.

Es ist ein Genuss!



Judith Huber
Sekretariat Grüne Luzern, Künstlerin
Emmenbrücke

* Das Istanbul Kochbuch, Gabi Kopp,
ISBN: 978-3-941787-10-0 Jacoby & Stuart Verlag

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
 franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
 andreas.feller@gruene-luzern.ch.

Emmen

Luzius Hafen
 luzius.hafen@gruene-luzern.ch

Horw

Brigitte Germann-Arnold
 brigittte.germann-arnold@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
 erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Christian Hochstrasser
 christian.hochstrasser@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
 andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
 esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Junge Grüne

Anna Wüest
 anna.wueest@jungegrueneluzern.ch

National- und Ständeratswahlen – KandidatInnen gesucht

2011 ist nicht nur ein kantonales, sondern auch ein nationales Wahljahr. Am 23. Oktober wählt die Schweizer Bevölkerung das eidgenössische Parlament neu. Mit dem Nationalrat Louis Schelbert sind auch die Luzerner Grünen in Bern vertreten. Er wird erneut für den Nationalrat kandidieren.

Neben unserem gesetzten Nationalrat möchten wir mit einer Vielfalt an KandidatInnen aus dem ganzen Kanton Luzern antreten. Hast auch du Lust auf eine Kandidatur als National- oder Ständerätin? Dann melde dich bis Ende April beim Verantwortlichen deiner Orts- oder Regionalgruppe, welche dann eine Vorauswahl trifft. Die Kontaktangaben findest du im Verzeichnis Ortsgruppen.

Vorstandsmitglied gesucht

Wer hat Lust im Vorstand des Vereins Kita Chlyne Prinz mitzuarbeiten?

Der Verein betreibt im Littauerboden eine Kindertagesstätte basierend auf der Elementarpädagogik. Die Kita hat einen sehr guten Ruf und die Vorstandsarbeit ist bereichernd. Aus Kapazitätsgründen will ich meine Aktivitäten bündeln und suche ein Ersatzmitglied.

Interessenten können sich bei mir melden: alain.greter@gruene-luzern.ch

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern, Neustadtstr. 34, Postfach 4035, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: lu@gruene.ch; Redaktion: Rahel Estermann, Judith Huber; Korrektorat: Adi Blum; Fotos: Judith Huber, Jakob Ineichen, Linus Rieser, Rahel Estermann
 Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: info@gegendruck.ch
 Erscheinung: 5x im Jahr, Auflage 1400 Exemplare; Abonnement: ein Jahr Fr. 30.–, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.–

Agenda

Mai

Mo	2.	19.30	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Di	3.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Fr	6.	20.00	Sitzung Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
Di	10.	18. 00	Kulturstammtisch mit Harry van der Meijs, Architekt und Initiator „Wohnwerk“, Bourbaki Bar
Mo	23.	18.00	Frühlingspalaver, Wald,
Mo	23.	19.30	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mi	25.		GV Grüne Kanton Luzern
Mo	30.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Juni

Fr	3.	20.00	Sitzung Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
Sa	4.		Das Sekretariat zieht an die Brüggligasse 9
Mo	6.	19.30	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern, Brüggligasse 9, Luzern
Di	7.	18.00	Kulturstammtisch mit Marceline Bertold, Textildesignerin, Bourbaki Bar
Do	9.		Nominationsversammlung National- und Ständeratswahlen
Di	14.		20 Jahre Frauenstreiktag
Mo	20.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern, Brüggligasse 9, Luzern

Juli

Fr	1.	20.00	Sitzung Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern, Brüggligasse 9, Luzern
Mo	4.	19.30	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern, Brüggligasse 9, Luzern

Möchtest du elektronisch über Termine der Grünen sowie Veranstaltungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich informiert werden? Dann abonniere den Newsletter unter: www.gruene-luzern.ch

Parolen zu der Abstimmung vom 15. Mai

Städtische Abstimmung: Schulanlage Maihof: Kredit für Gesamtsanierung und Erweiterung

Kantonale Abstimmung: Änderung Volksschulbildungsgesetz

JA

JA



Neues Büro an der Brüggligasse 9

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Der erste Teil des Superwahljahres ist vorbei. Wir bereiten uns jetzt auf einen eventuellen zweiten Wahlgang für Adrian Borgula vor (die Zeilen wurde vor dem 10. April geschrieben).

Natürlich gehen die Vorbereitungen für die National- und Ständeratswahlen im Herbst weiter und im Frühling 2012 sind dann die Parlaments- und Exekutivwahlen. Die Arbeit geht uns in diesem Jahr nicht aus.

Um unsere Fixkosten zu optimieren, zügeln wir im Juni in eine Bürogemeinschaft mit WWF und VCS an die Brüggligasse 9. Ein Umzug kostet Geld und Nerven. Der Vorteil ist die Entschlackung und der Elan für neue Taten. Wir sind überzeugt, dass die stärkere, nun auch räumliche Vernetzung mit Umweltverbänden sich für unsere Anliegen positiv auswirkt.

Die Jungen Grünen packen am Zügeltag mit an.

Wir brauchen aber noch:
Leute fürs Aufräumen und Zusammenpacken (bitte im Sekretariat melden).
Und natürlich Leute, die uns auch finanziell unterstützen.

Wir schaffen es nur gemeinsam.

Herzlichen Dank für Eure Mithilfe!



Katharina Hubacher



Monique Frey

AZB, PF 4035, Luzern 4

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta

Einzahlung für / Versement pour / Versamento per

Grüne Luzern
des Kantons Luzern
6003 Luzern

Konto / Compte / Conto 60-16103-5
CHF

Einbezahlt von / Versé par / Versato da

Einzahlung Giro

Einzahlung für / Versement pour / Versamento per

Grüne Luzern
des Kantons Luzern
6003 Luzern

Konto / Compte / Conto 60-16103-5
CHF

Einbezahlt von / Versé par / Versato da

Versement Virement

Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento

Neues Büro

Einbezahlt von / Versé par / Versato da

Versamento Girata

Die Annahmestelle
L'office de dépôt
L'ufficio d'accettazione

600161035>

600161035>